

rokratie auf dem Spiel: Diese Schichten widersetzten sich aus Eigeninteresse jeder gesellschaftlichen Kontrolle oder gar einer Demokratisierung.

Die im vergangenen Sommer von der Partei selbst angeregte Diskussion über eine Reform der politischen Strukturen zielte auf das feudalistische Gebaren der Funktionäre. „Ohne Demokratie“, verkündete damals Teng, „gibt es keinen Sozialismus.“ Vorschläge gab es genug: Dezentralisierung der Macht, klare Trennung zwischen Partei- und Regierungsarbeit, keine Einmischung der KP in die Betriebsverwaltung. Die Kader, so schlug ein viel diskutierter Beitrag vor, müßten wieder absetzbar sein.

Dann aber blieb es nicht bei der Eingrenzung der Debatte. Bald wurden auch Fragen nach der Kontrolle der Macht und der Legitimität der Parteiherrschaft gestellt. „Demokratie“, schrieb die Jugendzeitung, bedeutet „die Institutionalisierung und Vervollkommnung eines wirksamen Mechanismus, um die Macht innerhalb der politischen Struktur zu begrenzen.“ Die Partei aber hatte nur akademische Meinungsvielfalt zulassen wollen.

Wissenschaftler wie der Vize-Rektor der Technischen Universität Hefei, Fang Lizhi, 51, wollten sich damit nicht abfinden. Der Professor, jüngst aus der KP ausgeschlossen, verletzte heilige Tabus, als er über Menschenrechte, Pressefreiheit und Mehrparteiensystem sprach. Er wurde damit zum Idol der quer denkenden Hochschüler. „Demokratie, die von oben gewährt wird“, formulierte er vor studentischer Zuhörerschaft in Schanghai, „ist keine Demokratie im eigentlichen Sinn. Es ist nur Nachlassen von Kontrolle.“

Heute ist die Kontrolle wieder angezogen, die öffentliche Debatte über politische Reformen verstummt. Nur die „positiven und fortschrittlichen Elemente“ des Auslands soll China jetzt übernehmen, die „schädlichen gesellschaftlichen Einflüsse des Kapitalismus“ will Teng fernhalten: Dazu zählen auch Demokratie und Freiheit.

Das Mißverständnis, China könne von westlichem Technologietransfer profitieren, ohne gesellschaftliche Veränderungen hinnehmen zu müssen, ist älter als die 1949 gegründete Volksrepublik. Vor hundert Jahren glaubten Beamte der späten Qing-Dynastie, überzeugt von der Überlegenheit der eigenen Zivilisation, man könne China modernisieren, wenn man Fabriken und Kanonen einführe. „Chinesisches Lernen als Grundlage, westliches Lernen für die Anwendung“, hieß die Devise.

Sie war damals nicht zu verwirklichen, die heutige Version ist es noch weniger. Um seine Industrie modernisieren zu können, mußte China sich öffnen. Wenn die Partei aber soziale und politische Reformen scheut, wird sie auch



US-Präsident Reagan (M.), Contra-Führer: „Inkompetent und moralisch bankrott“

die wirtschaftliche Öffnung stoppen müssen.

Teng als Drachenbändiger: Chinas starkem Mann scheint bei diesem politischen Dressurakt der Atem auszugehen. Sollte sich im China dieser Tage erweisen, daß Kommunismus doch nicht reformierbar ist? Dann müßte auch Moskau Gorbatschow gewarnt sein.

NICARAGUA

Letzter Dollar

Die Contras stehen vor der Pleite: Ihr angesehenster Führer trat zurück, der US-Kongreß will den Geldhahn zudrehen.

Man steckt die Nackenschläge weg und schreitet voran – mit dieser stoischen Lebensweisheit hatte Ronald Reagan auf die peinlichen Enthüllungen des Tower-Reports über seine Verstrickung in das Iran-Contra-Debakel reagiert. Seit Mittwoch voriger Woche weiß der US-Präsident, daß die leidige Affäre ihn noch lange behindern wird.

Sieben Tage nach Reagans Auf-zu-neuen-Ufern-Rede wollte das Repräsentantenhaus die Regierung per Gesetz verpflichten, den nicaraguanischen Rebellen schon fest versprochene 40 Millionen Dollar zu sperren.

Diese letzte Rate der im vergangenen Herbst gebilligten Militärhilfe von insgesamt 100 Millionen soll nach dem Willen der Abgeordneten erst dann ausgezahlt werden, wenn die Regierung offenlegt, wohin die Profite aus dem Waffengeschäft mit dem Iran geflossen sind und

wie die zahlreichen Spenden für die Contras verschoben wurden.

Den Nachweis wird Reagan wohl nicht erbringen müssen, denn im Kongreß fehlt die notwendige Zweidrittelmehrheit, um das erwartete Veto des Präsidenten zu überstimmen.

Doch die symbolische Bedeutung der Gesetzesinitiative ist eindeutig. Sie sei eine „rechtzeitige Warnung“, erklärte Thomas Foley, Mehrheitsführer der Demokraten im Repräsentantenhaus, „um der Regierung zu zeigen, was sie im Herbst erwartet“. Dann will Reagan weitere 105 Millionen Dollar für seine „Freiheitskämpfer“ bewilligt haben.

Daraus wird wohl nichts, die 40 Millionen „sind die letzten Dollar“ für die Rebellen, wie Foley fest glaubt. Der Contra-Bewegung, von Reagan und seinen Cowboys im Weißen Haus jahrelang gehätschelt und gepöppelt, droht politisch und finanziell der Zusammenbruch.

Als wollte er der bevorstehenden Pleite zuvorkommen, trat vor einer Woche ausgerechnet der glaubwürdigste Führer der Contras, Arturo Cruz, „zutiefst frustriert“ zurück. Seine Begründung geriet zu einer vernichtenden Abrechnung mit den Widerstandskämpfern.

Die Contras hätten nicht nur „kein politisches Konzept“, sondern seien auch den Nachweis schuldig geblieben, „nicht nur die Machtübernahme, sondern auch Demokratie“ in Nicaragua zu wollen, so Cruz auf einer Konferenz der politischen Contra-Führung in Costa Ricas Hauptstadt San José.

Die Abdankung des liberalen Cruz, der nach dem Sieg der Sandinisten zuerst für die Finanzen des Landes zuständig war und dann als Botschafter nach Washington wechselte, bestürzte die

* Arturo Cruz (l.) und Adolfo Calero am 4. März 1986 in Washington.

amerikanischen Contra-Schutzherren. Denn für die Contra-Lobby war Cruz – dem Unterstaatssekretär Elliott Abrams vor einem Monat erste Rücktrittsabsichten noch ausreden konnte – fast unentbehrlich gewesen. So hatte er im Herbst vorigen Jahres der Reagan-Regierung entscheidend geholfen, die Militärhilfe im Kongreß genehmigt zu bekommen.

„Arturo Cruz ist ein wahrer Demokrat“, bewertete der demokratische Senator Christopher Dodd jetzt den Rücktritt, „er hat gerade entdeckt, was viele von uns seit langem wissen – die Contras sind keine demokratische Bewegung, ihre Politik fällt zusammen.“

Für Dodds republikanischen Senatskollegen, den Contra-Trommler Jesse Helms, war der Cruz-Abgang dagegen „eine Schande“. Er zeige, daß „die nicaraguanische Widerstandsbewegung seit zwei Jahren damit die Zeit verplempert habe, Arturo Cruz und das US-Außenministerium zufrieden zu stellen“. Neue Männer müßten her, forderte Helms.

Die gibt es, sind aber zum Vorzeigen nicht besonders geeignet: Männer vom Schlage eines Adolfo Calero, den Cruz als „CIA-Strohmann“ und Vertreter jener „militärischen Clique“ bezeichnet, die im Falle eines Contra-Siegs nur eine neue Diktatur errichten würde.

Calero, bis Februar zusammen mit Cruz und Alfonso Robelo im dreiköpfigen Contra-Direktorium, machte unrühmliche Schlagzeilen, als er vorletzte Woche einem US-Gericht preisgab, wie die Contra-Bewegung eine vom US-Kongreß angeordnete finanzielle Durststrecke bewältigt hatte. Als die Parlamentarier Anfang 1984 den Contras jede Zivil- und Militärhilfe strichen, blieb den Rebellen dennoch genug Geld fürs Leben und Kämpfen – zwischen Juli 84 und März 85 immerhin 32 Millionen Dollar, wie sich Calero brüstete.

Über die Herkunft der Millionen, die offenbar zum größten Teil von US-Vertretern bei Saudi-König Fahd erbettelt wurden, will Calero sich keine Gedanken gemacht haben. „Wenn man in der Wüste verdurstet“, erklärte der ehemalige Coca-Cola-Generalvertreter für Nicaragua, „fragt man nicht, ob das rettende Wasser Schweppes oder Perrier ist.“

Auch nachdem die 32 Millionen ausgegeben waren, floß Nachschub, wie sich zeigte. Bei Durchsicht der Bücher entdeckte Caleros Anwalt, daß auf sechs Contra-Konten in den karibischen Steuerparadiesen Panama und Cayman-Inseln auch Spenden amerikanischer Gönner eingegangen waren – im Oktober 1985 zum Beispiel 200 000 Dollar vom Schweizer Konto der Firma Lake Resources Inc. (zeichnungsberechtigt: Oliver North). Über dieses Konto hatte North zum Teil auch den Waffenhandel mit dem Iran abgewickelt.

Mehr als anderthalb Millionen Dollar ließ der Washingtoner Lobbyist Carl Channell über eine PR-Firma, die von

dem ehemaligen Reagan-Mitarbeiter Richard Miller geführt wurde, auf das Genfer Lake-Konto bei der Schweizerischen Kreditanstalt transferieren. Channells Spezialität war es, mit Wissen und Unterstützung des Weißen Hauses bei einigen von Amerikas Reichsten und Rechtesten Spenden für die Reagan-Politik in Lateinamerika einzutreiben.

Etliche der bisweilen telegraphischen Überweisungen in die Schweiz seien, so Miller, ausdrücklich „auf Wunsch von Oberstleutnant Oliver L. North“ veranlaßt worden.

Unklar ist bislang, ob die Beteuerung von Calero zutrifft, mit den Spenden seien keinerlei Waffen beschafft worden. Doch die Enthüllungen über die dubiosen Finanzierungspraktiken und die geflossenen Provisionen bestärken den Kongreß erst recht, in Zukunft kein Geld mehr zu bewilligen. Bisher ent-

schuldigten die Contra-Führer ihre militärischen Mißerfolge gegen die Sandinisten mit dem Argument, die finanzielle Hilfe sei nicht ausreichend gewesen.

Jetzt stellt sich heraus, daß die Kriegskasse besser gefüllt war als gedacht – und Erfolge dennoch ausblieben. Warum dann, so fragen sich viele Abgeordnete, weiter in ein unfähiges und verlorenes Unternehmen investieren? Die „Contra-Schar ist militärisch inkompetent und moralisch bankrott“, kommentierte das konservative Boulevard-Blatt „USA Today“.

Für die Kampfaktik der Antisandinisten, in nicaraguanischen Bauerndörfern zur Abschreckung Frauen und Kinder zu entführen und zu morden und medizinische Versorgungsstationen zu zerstören, hatten mehrere Abgeordnete letzte Woche vor den TV-Kameras nur ein Wort: „Widerlich.“

„Wir lernen wieder, was Hunger ist“

Nicaragua: Die Sandinisten bekommen die Wirtschaftskrise nicht in den Griff

Jetzt zeigen sie schon russische Filme“, jammert Rosario. Für die junge Unternehmerin ist dies der endgültige Beweis, daß Nicaraguas Regierung „kommunistisch und moskauhörig ist“.

Natürlich hat Rosario den Film „Geh und sieh“ des sowjetischen Regisseurs Elem Klimow nicht gesehen, der im Cine Tetel an Managuas Pista de la Resistencia seit vier Wochen vor ausverkauftem Haus läuft und sich gut gegen die Konkurrenz in anderen Kinos behauptet, gegen „City Cobra“ mit Muskelmann Sylvester Stallone etwa oder den US-Reißer „Im Jahr des Drachen“.

Die Geschichte des 15jährigen Florian, der einem Massaker deutscher Besatzungstruppen in Belorußland entkommt, läßt die Nicaraguaner ihre aus dem Westen importierten Fernsehschulzen vergessen. Das Publikum begleitet das Geschehen auf der Leinwand mit ausgiebigen Diskussionen und Gekicher. „Zu viele haben solche Grausamkeit schon selber erlebt“, erklärt eine Psychologin die Reaktionen: „In dem hysterischen Kichern äußert sich die Erinnerung an bereits Verdrängtes.“

Seit 50 Jahren kennen die Nicaraguaner keinen wirklichen Frieden. Jahr-



Sandinistischer Stoßtrupp in Nicaragua: „Die Söldner sind geschlagen“